Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 80 | Donnerstag, den 7. April 1921 | 49. Jahrgang

Briands Rede und ihr Eindruck in Berlin.

(TU) Die außerordentliche Schärfe der Rede des neuen französischen Ministerpräsidenten Briand vor dem Senat hat in Berlin weder Beunruhigung, noch sonderliches Erstaunen hervorgerufen. Man erkennt aus dieser Rede, daß Frankreich tatsächlich offenbar jeden Gedanken einer friedlichen Verständigung aus seiner Politik ausschalten und sich allein auf die Mittel des brutalen Zwangesgegenüber Deutschland verlegen will. Die Drohung, daß auf Deutschland, wenn es sich seinen Verpflichtungen zu entziehen versuche, eine starke Hand niederfallen werde, kann nicht den Eindruck erwecken, als ob dadurch eine Aenderung der augenblicklich gegebenen Verhältnisse eintreten könnte. Den Versuch der starken Hand haben unsere Gegner bereits durch die Anwendung der Sanktionen gemacht. Da dieser Versuch nicht das gebracht hat, was man von ihm erhoffte, dürften auch weitere Kraftmittel nicht als sehr aussichtsvoll erscheinen. Die Berufung Briands auf die Rechtsgründe des Friedensvertrages ist nicht stichhaltig, um dadurch neue Gewaltmaßnahmen zu begründen. Es gibt im Vertrage von Versailles keinen einzigen Punkt, der irgendwelche Zwangsmaßnahmen in der bereits angekündigten oder angewandten Form zu rechtfertigen geeignet wäre. Die strenge Befolgung des Vertrages von Versailles müßte vielmehr dazu führen, daß auch die bereits bestehenden Sanktionen rückgängig gemacht werden. Man ist in Berlin darüber im Klaren, daß für unsere Gegner keine Möglichkeit besteht, die Anwendung von Zwangsmaßnahmen auch auf das Privateigentum auszudehnen. Wenn Briand ein Vorgehen gegen die Großindustrie und den deutschen Grundbesitz androht, so darf man dagegen die Frage in die Wagschale werfen, mit welchen Mitteln er einen derartig unerhörten Eingriff in das private Wirtschaftsleben eines anderen Volkes nicht nur sachlich rechtlich, sondern auch wirklich zur Ausführung bringen will. In Berliner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß Frankreich mit ... Mitteln, wie Briand sie androht, nichts von dem, was es erhofft und braucht, erreichen wird. Das einzige Mittel, um über die Wiedergutmachungsfrage überhaupt zu einem Ergebnis zu gelangen, bleibt nach wie vor die gütliche Verständigung und Auseinandersetzung zwischen dem deutschen und dem französischen Volke. Eine Politik im Sinne des Herrn Briand führt in den Abgrund, nicht zum Wiederaufbau. In dieser Richtung wird sich die ... deutschen Reichsregierung bewegen, ... sich die von Briand ausgesprochene Drohung wahr machen und zu irgend welchen tatsächlichen Schritten greifen sollte.

Eine amerikanische Note an die Verbandsmächte.

Es hat den Anschein, daß der Ministerpräsident Briand, als er im Senat über die Entschädigungsfrage sprach, schon Kenntnis hatte von einer in Paris eingegangenen amerikanischen Note. Dieses wichtige diplomatische Schriftstück soll in Paris, London und Rom übergeben worden sein. In der Note, so wird berichtet, sage sich Amerika von allem los, was ... Friedensschluß von den Staatsmännern der Verbandsmächte beschlossen wurde. Es erkläre sich durch keine der Entscheidungen gebunden, die in den Vertrag von Versailles eingeschrieben wurden oder die der Oberste Rat oder der Völkerbund getroffen habe. Die Vereinigten Staaten hätten, nachdem sie am Krieg teilgenommen, das Recht, bei allen internationalen Abkommen, die als eine Folge des Sieges zu betrachten seien, gehört zu werden. Deshalb seien als nicht vorhanden zu betrachten nicht nur die Verträge, die der amerikanische Senat nicht ratifiziert habe, sondern auch die Entscheidungen des Völkerbundrats sowie die Entscheidungen des Obersten Rats. Die Note gehe so weit, zu erklären, Präsident Wilson habe nicht das Recht gehabt, sein Land durch die Entscheidungen zu binden, die der Rat der Vier getroffen habe. Die Note führe dann bestimmte Tatsachen an und stelle auch fest, daß verschiedenen Handlungen der anderen Mächte nicht einmal Präsident Wilson seine Zustimmung gegeben habe. Insbesondere spricht die Note von der Insel Yap.

Die Note soll heute vormittag in der amerikanischen Presse veröffentlicht werden. Pertinax mißt ihr im Echo de Paris sehr große Bedeutung bei und sagt: Man verzweifle zwar keineswegs an der amerikanischen Freundschaft, aber man müsse gestehen, daß alles neu getan werden müsse, wenn man die wünschenswerte Zusammenarbeit ermöglichen wolle. Mit Trauer müsse man sich daran erinnern, daß seit Monaten die wesentlichsten Interessen Frankreichs vernachlässigt worden seien, daß die meisten französischen Vertreter ihre Zeit für den Völkerbund damit vergeudet hätten, von dem die Amerikaner nichts wissen wollten. Dadurch habe man im voraus einen Beistand entmutigt, der, wenn er anders verlangt worden wäre, vielleicht nicht abgelehnt worden wäre.

Die militärische Kraftaktion Frankreichs gegen Deutschland.

(TU) Die Pariser Mitteilung im „Soir" über eine militärische Kraftaktion Frankreichs gegen Deutschland wird, wie die „Deutsche Tageszeitung" mitteilt, von der „Nation belge" und dem Antwerpener franzosenfreundlichen „Nekrun" bestätigt. Die Zeitung „Independance belge" dementiert dagegen diese Meldung. Der Präsident der Brüsseler Handelskammer, Globbek, erklärt über die 50%ige Taxe auf deutsche Güter nach Deutschland, Belgien werde am meisten davon betroffen. Die „Nation" erklärt, daß sich Belgien im Jahre 1914 dem deutschen Durchmarsch nicht so widersetzt hätte, wenn es dafür büßen sollte. Wer in der Kammer anders denke, werde als „Boche" beschimpft.

Karls Reise in Steiermark unterbrochen.

Als der Sonderzug mit dem König Karl in Frohnleiten in Steiermark eintraf, war aus Bruck an der Mur eine Nachricht eingelaufen, daß dort auf dem Bahnhof über tausend Arbeiter angesammelt wären, um bei der Ankunft des Zuges gegen den König zu demonstrieren. Auf diese Nachricht hin wurde der Zug in Frohnleiten auf Veranlassung des steierischen Landeshauptmanns angehalten. Der sozialistische Landeshauptmann von Niederösterreich, der sich unter den Begleitern befand, verhandelte telephonisch mit dem Bürgermeister von Bruck, um durch dessen Vermittlung eine ungestörte Durchfahrt des Zuges zu erreichen. Die Arbeiter, in der Hauptsache Kommunisten, die den Brucker Bahnhof besetzt hielten, erklärten jedoch, daß sie darauf beständen, durch eine Abordnung dem König ihre Meinung über ihn und die Habsburger energisch zum Ausdruck zu bringen. An den telephonischen Auseinandersetzungen beteiligten sich auch Ententeoffiziere, die die Räumung des Bahnhofs von den Demonstranten und eine ungestörte Durchfahrt des Zuges verlangten. Schließlich begab sich um 1 Uhr nachts eine Abordnung der Arbeiter mit dem Bürgermeister von Bruck in einem Personenzuge nach Frohnleiten, um dort die Verhandlungen mit der Begleitung des Sonderzuges weiterzuführen. Vertreter der sozialistischen Landesparteileitung in Graz hatten sich ebenfalls in einem Auto nach Frohnleiten begeben.

Ueber den Zwischenfall in Bruck wird uns berichtet: Als gestern um 7 Uhr kurz vor dem Eintreffen des Exkaisers aus Steinamanger der Triester D-Zug in die Station Frohnleiten einfuhr, bemerkte der Lokomotivführer, daß die Gleise durch einen Holzstamm verlegt waren. Er brachte den Zug zum Stehen, wobei die Lokomotive noch den Stamm streifte. Nachdem das Hindernis beseitigt war, setzte der Zug seine Fahrt nach Bruck fort. Diese Station war von einer tausendköpfigen Menschenmenge besetzt, die die Passagiere mit Schmährufen empfingen. Vertrauensmänner der Arbeiter durchsuchten die Waggons in der Erwartung, daß sich Exkaiser Karl unter den Passagieren befinde. Nach längerem Aufenthalt setzte der Zug seine Fahrt nach Wien fort, wo er mit einer Stunde Verspätung anlangte.

Eine weitere ergänzende Meldung teilt noch mit: Nach Schluß der Verhandlungen mit den Arbeitern sammelten sich diese in den Wartesälen und nur etwa 100 Vertrauensleute waren auf dem Bahnsteig zurückgeblieben. Als der Zug einfuhr, sprengten Arbeiter die verschlossenen Türen und eilten nach dem Bahnsteig, der sofort von einer nach Tausenden zählenden Menge erfüllt war. Ein Arbeiterführer hielt eine Ansprache und brachte ein Hoch auf die Republik aus, worauf die Arbeiter mit Abzugsrufen auf die Habsburger antworteten. Die Arbeiter stürmten gegen den Wagen des Exkaisers und forderten, daß er sich zeige. Gendarmerie, die den Zug begleitete, und Ententeoffiziere wehrten mit blanker Waffe die Arbeiter ab. Der Zug fuhr darauf in raschem Tempo aus der Station und setzte seine Fahrt fort.

Die Ankunft des Exkaisers Karl in der Schweiz.

Der Sonderzug mit Exkaiser Karl hat Mittwoch gegen 5 Uhr nachmittags die schweizerische Grenze passiert. Infolge des Zwischenfalles in Bruck hatte der Zug eine Verspätung von vier Stunden. Er war begleitet von italienischem, französischem und englischem Militär. Der Exkaiser wurde vom Oberst Kitzling empfangen, der die Paßformalitäten erledigte. Die Weiterfahrt erfolgte in Sonderwagen mit dem fahrplanmäßigen Zuge. Als Aufenthaltsort wurde dem Exkaiser Luzern angewiesen. Exkaiserin Zita, die im Kraftwagen angekommen war, begleitete ihren Gemahl. Die Fahrt machten einige Leute der Volkswehrpolizei mit. Die mitangekommenen Militärs werden nach Ungarn zurückfahren.

Der Anschluß an Deutschland wird „niemals geduldet".

Der „Figaro" meldet: Die Botschafterkonferenz hat gegen die Absicht der österreichischen Regierung, in allen Ländern Oesterreichs eine Volksbefragung über einen Anschluß an Deutschland zu veranstalten, entschieden Widerspruch erhoben. Die alliierte Delegation in Wien ist bereits angewiesen worden, die österreichische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß ein Anschluß Oesterreichs an Deutschland dort niemals geduldet werde.

Die Streiklage in England

hat, wie „Daily Mail" berichtet, eine abermalige Verschärfung erfahren durch die Kampfansage der Industriellen gegenüber den Berg- und Transportarbeitern. Die Regierung versucht zu vermitteln, doch besteht auf beiden Seiten keinerlei Neigung, in Verhandlungen einzutreten. Wenn die Unterhandlungen mit den streikenden Bergarbeitern nicht sofort aufgenommen werden, werden auch die Fachvereinigungen der Schiffahrtsindustrie sich der Aktion des Dreiverbandes der Arbeiter anschließen, d. h. also, die Schiffahrt wird ebenfalls den Streik proklamieren. „Manchester Guardian" berichtet, daß in Liverpool und Manchester bereits der Streik der Hafenarbeiter um sich greife. 8000 Arbeiter seien ausständig. In Birmingham wurden kommunistische Flugblätter verteilt. Im Hafen von Manchester hißten Streikende die rote Fahne, wurden aber von Polizei-Aufgeboten an weiteren Demonstrationen verhindert.

Die Notstandsverordnungen im Unterhause angenommen.

Als die Bergleute sich einverstanden erklärten, heute mit den Vertretern der Bergwerksbesitzer und der Regierung zu Verhandlungen über ein Abkommen zusammenzutreten, glaubte man, daß sie die von Lloyd George mitgeteilten Bedingungen für eine solche Konferenz annehmen. Jetzt erklärte Lloyd George im Unterhause, er habe soeben erfahren, daß der ausführende Ausschuß der Bergleute es abgelehnt habe, die Leute an den Pumpen anzuweisen, während der Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen, was eine der erwähnten Bedingungen war. Der Premierminister fügte hinzu, Verhandlungen seien unmöglich, bevor nicht dieses Hindernis überwunden sei und ermahnte die Bergarbeiterführer, ihre Entscheidung nochmals zu überlegen. Das Unterhaus nahm darauf die Notstandsverordnungen in Verbindung mit dem Bergarbeiterausstand mit 270 gegen 60 Stimmen an. Auch das Oberhaus hat die Notstandsverordnungen angenommen.

Infolge des Eingreifens des Premierministers hat sich die Streiklage etwas gebessert. Beide Parteien haben die Einladung angenommen. Inzwischen haben die Eisenbahner, die in der Streikfrage noch nicht zur Entscheidung gelangt sind, ihre Konferenz auf heute vertagt. Es ist wahrscheinlich, daß die Transportarbeiter und die Eisenbahner das Ergebnis der neuen Verhandlungen abwarten werden.

Zunahme der Streikunruhen in England.

(TU) „Daily Chronicle" melden: Die Unruhen in Schottland nehmen zu. In Fife hat gestern eine aufrührerische Menge Ausschreitungen unternommen und in Cowdenbeath ist ein Aufseher, der sich weigerte, die Pumpen zu verlassen, weggeschleppt und schwer mißhandelt worden. Eine Polizeimannschaft machte von ihren Gummiknüppeln Gebrauch. Sie griff die Menge an und befreite den Mann. Die Bergarbeiter hißten eine rote Fahne, versammelten sich zu Tausenden und belagerten die Polizei. Gegen Mitternacht fanden schwere Kämpfe statt. Die Polizei aus anderen Orten kam zu Hilfe. Die Zusammenstöße zwischen den Bergarbeitern und der Polizei sind unzählbar. Die Zahl der Verwundeten ist groß. Die Streikenden vernichteten die Straßenbeleuchtung. Das Gefecht dauerte bis tief in die Nacht.

Stegerwald als Ministerpräsident?

Die gestrigen Fraktionsbesprechungen über die Regierungsbildung in Preußen haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Fraktion der deutschen Volkspartei lehnt die von der Sozialdemokratie geforderten Garantien für ein Zusammenarbeiten mit der Volkspartei ab. In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wurde festgestellt, daß eine Aenderung der Situation bisher nicht eingetreten sei, weshalb sich die Fassung von Beschlüssen erübrige. Sowohl die Vossische, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung halten es für wahrscheinlich, daß man einen Ausweg aus der Verlegenheit in der Bildung eines Geschäftsministeriums als Uebergangsministerium versuchen werde. Der Präsident dieses Kabinetts, das sich teils aus Politikern, teils aus der Beamtenschaft zusammensetzen wird, wird dem Reihen des Zentrums entnommen werden. Nach der Voss. Ztg. wird das Zentrum den Minister Stegerwald als Ministerpräsidenten präsentieren. Sämtliche Parteien, ausgenommen die Deutschnationalen und die Unabhängigen hätten sich bereits damit einverstanden erklärt, dem Zentrumskandidaten ihre Stimme zu geben.

Im Magdeburger Kommunistenprozeß

beantragte gestern der Verteidiger Dr. Weinberg die Ladung folgender Zeugen: Die Generäle von Lüttwitz, von Ludendorff, Kronprinz Ruprecht, Major Ehrhardt, Forstmeister Escherich, Geometer Kanzler, Oberst von Epp, Oberstleutnant von Voß, Major von Hederich, von Arnem u. a. Durch diese Zeugen will der Verteidiger nachweisen, daß in Verbindung mit der Orgesch und der Königspartei für das ganze deutsche Reich eine geheime militärische Organisation bestehe und daß diese Organisation bereits für die ersten Monate des laufenden Jahres eine gewaltsame Erhebung zwecks Umsturz der gegenwärtigen Staatsform plante. Würden die Behauptungen erwiesen werden, so würde den Angeklagten der Schutzparagraph der Notwehr zugebilligt werden müssen.

Die Aburteilung der Mörser Kommunisten.

Im Bezirk Mörs haben die Belgier im ganzen etwa 500 Personen, die an den kommunistischen Unruhen beteiligt waren, festgenommen. Nach einer Meldung der Freien Presse hat das Kriegsgericht, das zu diesem Zweck von Aachen nach Mörs verlegt wurde, bereits die Mehrzahl der Verhafteten abgeurteilt. Die Mindeststrafe beträgt ein Jahr. Unter den Abgeurteilten befindet sich auch der kommunistische Agitator Dr. Gabriel. Er war früher Redakteur des jetzt deutschnationalen Blattes „Der Grafschafter in Mörs" und entwickelte sich in der Revolutionszeit bis zum Kommunisten. Dr. Gabriel, einer der Hauptführer bei den Unruhen im Mörser Gebiet, ist zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Die britische Behörde setzte die Verhaftung der kommunistischen Generalstreikhetzer fort. Nachdem sie in Wald, Ohligs und Haan am Samstag und Sonntag insgesamt 16 Personen festgenommen hatte, fand sie im Wald abermals 12 Mann verhaftet und nach Köln gebracht worden. Bezeichnend für den ganzen Generalstreikrummel ist die Tatsache, daß fast 90 v. H. der Festgenommenen junge Burschen sind. Die eigentlichen Führer sind verschwunden.

Die Beisetzung Sylts.

(TU) Die Beteiligung der Arbeiterschaft der Berliner städtischen Betriebe an der Beisetzung Sylts war nicht übermäßig groß. Am stärksten waren die Elektrizitätsarbeiter vertreten, bei dem Sylt früher gearbeitet hat. Die freien Gewerkschaften und die Angestelltenverbände der städtischen Betriebe hatten sich zumeist damit begnügt, Abgeordnete zu dirigieren. Zu Störungen ist es nirgends gekommen.

Wüste Auftritte im sächsischen Landtag

Der sächsische Landtag war Dienstag zu seiner ersten Sitzung nach den Osterfeiern der Schauplatz wüster Auftritte. Die Kommunisten forderten eine sofortige Besprechung der letzten Unruhen, da sie von allen Zeitungen als Verbrecher beschimpft worden waren und dem Lande zeigen wollten, wo die Verbrecher säßen. Sie forderten sofortige Zurückziehung der Polizei und Reichswehr aus der Provinz Sachsen (!) und drohten, falls sich die Regierung weigern sollte, mit den schärfsten kommunistischen Gewaltakten. Da sich der kommunistische Redner in den ärgsten Beschimpfungen der Reichswehr, Sipo und Reichsregierung erging, wurde ihm schließlich vom Landespräsidenten das Wort entzogen. Doch ließ der kommunistische Redner nicht nach und schrie unter dem Toben der Tribüne, andauerndem Klingelzeichen des Präsidenten und unter der stärksten Unruhe weiter seine Beschimpfungen in den Saal. Da die Kommunisten aber mit ihrem Lärm nichts ausrichteten, verließen sie unter Hochrufen auf die Dritte Internationale den Saal, indem sie die Arbeitermarseillaise anstimmten.

Bemerkenswert ist die unmißverständliche Drohung gegenüber der Regierung, ihr von jetzt ab die Unterstützung zu versagen. Damit ist die latente Regierungskrise akut geworden. Denn mit der Unterstützung der Unabhängigen und Kommunisten steht und fällt das jetzige sozialistische Regierungskabinett.

Keine standrechtlichen Erschießungen.

Zu den in der Presse aufgetauchten Meldungen, es seien in Schraplau Aufständische standrechtlich erschossen worden, wird durch W. T.-B. bemerkt, daß nirgends Standgerichte eingesetzt sind. Bei den Kämpfen der Schutzpolizei mit den Aufständischen in Schraplau am zweiten Ostertag sind fünf Aufständische während der Kampfhandlung gefallen. Eine standrechtliche Erschießung von Leuten hat weder hier noch in den Leunawerken, wie die „Rote Fahne" fälschlich behauptet hat, stattgefunden.

Westfalen und Rheinland.

Einigkeit macht stark!

Kamen, 7. April. Einigkeit macht stark: Dies Sprichwort gilt nicht nur für Einzelne, sondern auch für ganze Gemeinden. Allenthalben sehen wir, wie 2 oder mehr Stadt- und Landgemeinden sich zu einem Gemeinwesen zusammenschließen. Besonders im Industriegebiet. Vgl. Buer, Gelsenkirchen, Bochum, Lünen usw. mit ihren Nachbargemeinden. Nur bei unserm lieben Kamen mit seinen beiden Namensvettern Bergkamen und Südkamen scheint's nicht möglich zu sein.

Wenn wir nicht irren, haben vor einiger Zeit zwischen Kamen und Südkamen Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses geschwebt. Aber das letztere soll unerfüllbare Forderungen gestellt haben und da ist aus der Sache anscheinend nichts geworden. Ob die Bergkamener sich schon mal gerührt haben, ist uns nicht bekannt. Welchen Aufschwung würden diese drei Gemeinwesen nehmen, wenn sie sich zusammen täten! Es ist ja ganz selbstverständlich, daß eine Stadt von 11 500+7 000+700=19 200 Einwohnern die wirtschaftlichen, kulturellen und Verkehrsbedürfnisse ganz anders befriedigen kann als wie jetzt, wo jede Einzelgemeinde für sich geht. Die Kirchengrenze von Kamen geht schon lange über die Nachbargemeinden hin.

Welche Ersparnisse könnten in der Verwaltung gemacht werden, wenn die drei Vettern sich zusammenfänden. Bergkamen würde für manche Angelegenheiten wohl immer Zweigstelle bleiben, aber wieviel bequemer wäre der Weg nach Kamen als zum Amte. Und auch die Kamener Geschäftswelt könnte sich wohl nur freuen, wenn Bergkamen mit Kamen in noch engere Verbindung käme.

Wenn man sich mal die Karte vom Stadtgebiet Unnas oder Hamms ansieht, so findet man, daß dieses viel, viel weiter ausgedehnt ist, als die Entfernung zwischen Bergkamen und Kamen.

Bei einem Zusammenschluß würden die drei Kamens wohl bald Unna überflügelt haben und ihr Einfluß im Kreise würde gewaltig steigen. Man würde nicht mehr wie bisher das Stiefmütterchen Kamen übergehen können, wenn es sich z. B. darum handelt, für eine neue Behörde oder Anstalt einen Sitz zu suchen.

Warum nehmen sich die Vertreter der drei Gemeinden der Sache nicht an?

Jedenfalls wäre es von großem Interesse, Näheres über die Verhandlungen mit Südkamen, weiter aber auch über die Ansichten der drei Gemeinde-Vertretungen und über die Aussichten und Vorteile für die einzelnen Gemeinden bei einem vereinten Vorgehen zu erfahren. Wir stellen gern den Raum für eine solche Aussprache zur Verfügung. Wer nimmt zuerst das Wort?

*

Kamen, 7. April. **(Verschiedenes.)** Der Landesausschuß der preußischen Handelskammern hat in seiner Sitzung am 17. d. Mts. sich mit der Frage der Grenzen der künftigen Bezirkswirtschaftsräte beschäftigt und die Forderung aufgestellt, daß deren Abgrenzung in Preußen unter tunlichster Anlehnung an die bestehende Verwaltungsorganisation erfolgt. In denjenigen Ausnahmefällen, in denen größere Verwaltungsbezirke und Wirtschaftsbezirke sich nicht decken, sind besondere Maßnahmen zu treffen, um ein Zusammenarbeiten der Organe der Verwaltung und Selbstverwaltung mit denen des Wirtschaftsbezirks zu gewährleisten. Eine Abweichung der Grenzen der Wirtschaftsbezirke von den politischen Grenzen des preußischen Staates soll nur mit Zustimmung der beteiligten amtlichen wirtschaftlichen Berufsvertretungen zulässig sein. Ferner beschäftigte sich der Landesausschuß mit den auf Veranlassung des Landes-Polizeiamtes in einer großen Anzahl von preußischen Gemeinden erlassenen Polizei-Verordnungen betr. Preisverzeichnisse und Preisschilder. Es wurde grundsätzlich die Aufhebung dieser Verordnungen gefordert, da ihr Zweck, dem Publikum eine Nachprüfung der Reellität der Waren zu ermöglichen, auf dem eingeschlagenen Wege niemals erreicht werde und die Verordnung lediglich den legitimen Handel schädige. Sofern eine sofortige Aufhebung nicht zu erreichen sei, müßte wenigstens gefordert werden, daß Verfehlungen gegen diese Verordnung nur als Uebertretungen betrachtet würden und ihre Aburteilung durch die Wuchergerichte ausgeschlossen sei. Ein Handelsverbot dürfe nur in Fällen nachgewiesenen Wuchers oder grober Fahrlässigkeit, und zwar auch nur nach rechtskräftiger gerichtlicher Verurteilung und Einholung eines Gutachtens der zuständigen Handelskammer erlassen werden. Die Vertreter des Landes-Polizeiamts stellten eine wohlwollende Prüfung dieser Wünsche in Aussicht.

Die nächste Sonnenfinsternis am 8. April (Freitag vormittag) ist nicht total, sondern ringförmig. Der Mond befindet sich auf seiner schwach eiförmigen Bahn etwas zu weit von uns entfernt, als daß die Spitze seines Schattenkegels die Erdoberfläche erreichen könnte. Eine solche „ringförmige Finsternis" war hier in Deutschland am 17. April 1912 unter sehr günstigen Bedingungen zu sehen. Die Zentralitätslinie liegt weit nördlich, sie trifft das nördliche Schottland und das nördliche Norwegen. Bei uns läßt der Mond daher „oben rechts" noch etwas von der Sonne frei, wenn das Naturereignis um 10 Uhr 2 Minuten vormittags seinen Höhepunkt erreicht. Der Beginn der Finsternis ist in Berlin für 8 Uhr 46,3 Minuten mitteleuropäischer Zeit und ihr Ende für 11 Uhr 23,8 Min. vorausberechnet. Für andere Beobachtungsorte ändern sich die Zeiten etwas. Es ist dringend davor zu warnen, direkt in die Sonne hineinzublicken, da dann die Linse im Auge wie ein „Brennglas" wirkt und die zarten Organe der Netzhaut beschädigt. Tiefdunkles Rauchglas oder berußte Scheiben sind am besten zur Schonung der Augen.

(Städtische Fortbildungsschule.) Zwecks Aufstellung der Stundenpläne und der Verteilung der Klassen ist es unbedingt erforderlich, daß die Lehrherren die neueintretenden Lehrlinge usw. in aller Kürze beim derzeitigen Leiter der Schule, Herrn Craemer, Unnaerstraße 167, mündlich oder schriftlich anmelden. Die näheren Bestimmungen sind bereits am Freitag, den 1. April, in dieser Zeitung durch den Magistrat veröffentlicht worden.

(Gewerbl. Fortbildungsschule.) Gesellenprüfung. Am Montag, den 11. April, findet, um 4 Uhr nachmittags beginnend, die theoretische Gesellenprüfung im neuen Schulgebäude der Wilhelmschule statt. Gleichzeitig ist damit eine Ausstellung der Schülerarbeiten und der Gesellenstücke der Prüflinge verbunden. Dieselbe wird schon am Sonntag, den 10. April, morgens 11½ Uhr, eröffnet. Die Lehrlinge wollen die Gesellenstücke am Sonnabend nachmittag oder Sonntag früh zum Ausstellungslokal, Turnhalle der Wilhelmschule, bringen. Alle Freunde des Handwerks sind zu diesen Veranstaltungen herzlichst eingeladen. Die Ausstellung ist Sonntags von 11½ bis 1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr geöffnet.

Die Betriebsratswahlen für die Zeche Monopol, Schacht Grillo, finden am Freitag, den 8., für die Arbeiter und am Samstag, den 9., für die Beamten und Angestellten auf dem Steigerbüro statt. Für die Arbeiter sind 3 Vorschlagslisten eingereicht: Liste I: Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten), beginnend mit dem Namen Emil Weller; Liste II: Alter Bergarbeiterverband, beginnend mit dem Namen Adolf Hartig, und Liste Nr. IV: Gewerkverein christl. Bergarbeiter, beginnend mit dem Namen Kaspar Eggert. Für dieses Jahr sind auch seitens der Beamten und Angestellten 3 Wahlvorschläge eingereicht und zwar Liste Nr. III, die im Gewerkschaftsbund Abt. Afa organisierten technischen Grubenbeamten, beginnend mit dem Namen Steiger Fritz Blank; Liste Nr. V, die im Werkmeisterverband organisierten Beamten, beginnend mit dem Namen Steiger Karl Lamm, und Liste Nr. VI, der Angestellten, beginnend mit dem Namen Fritz Heidemann.

Der Volksbund für die deutschen Kriegsgräberfürsorge ist in der Lage, zu Pfingsten die **deutschen Kriegergräber** auf etwa 40 Friedhöfen in Frankreich und Belgien mit Blumen oder Grün schmücken zu lassen.

Die in der letzten Zeit beschlossene **Erhöhung der Kohlenpreise** beruht, wie aus dem Reichsarbeitsministeriums mitgeteilt wird, nicht auf dem neuen Schiedsspruch im Ruhrgebiet, sondern auf der letzten Nachprüfung, die, wie das Reichsarbeitsministerium erklärt, eine Unterbilanz bei den Unternehmungen ergeben hätte.

Auf die Frage nach der Ueberschichtenregelung auf Grund des neuen **Ueberschichtenabkommens im Kohlenbergbau** wird vom Reichsverkehrsminister erklärt, daß niemals die Ueberschichten zu einer ständigen Einrichtung werden sollen. Sobald das Gesetz über die Arbeitsregelung angenommen wird, ist gleichzeitig damit festgesetzt, daß im Bergbau nicht länger als sieben Stunden gearbeitet werden darf. Die Bindung des Ueberschichtenabkommens besteht nur bis zum 15. Mai. Von da an können die Arbeiter jederzeit kündigen.

Einer Bremer Meldung zufolge ist auch die **Aufhebung der Zwangswirtschaft im Tabakgewerbe** zum 1. Juli beschlossen.

(Sein Mandat schon niedergelegt.) Rechtsanwalt Dr. Max Franck-Dortmund, der infolge der Nachtragswahl am 20. Februar Reichstagsabgeordneter wurde, hat dem Parteivorstand mitgeteilt, daß er wegen Geschäftsüberlastung sein Mandat niederlege. An seine Stelle tritt Prof. Dr. Grotjahn.

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen ist nunmehr laut einem beim Landesfinanzamt in Münster eingetroffenen Telegramm des Reichsfinanzministers offiziell bis zum 30. April verlängert. Daraus sollte aber nun kein Veranlagungspflichtiger den Schluß ziehen, mit der Abgabe der Steuererklärung auch bis zum letzten Termin zu warten. Wer dazu in der Lage ist, sollte seine Steuererklärung sofort abgeben, jedenfalls die Abgabe keinen Tag unnötig hinausschieben.

(b) **Heeren-Werve**, 7. April. **Um die Summe von 3000 Mark** wurde ein Logisgänger in der Wideystraße von einem ungetreuen Freunde geprellt, mit dem er zusammen ein Trinkgelage veranstaltet hatte.

? **Soest**, 7. April. **Wegen umfangreicher Mehlschiebungen** wurde der Mühlenbesitzer Goldstein in Bad Sassendorf in Untersuchungshaft genommen. G. wird auch der Verschiebung von 37 Zentnern Mehl beschuldigt, die im November 1920 in Neubeckum beschlagnahmt wurden.

Wickede (Ruhr), 6. April. **(Waldbrand.)** Im Echthauser Wald entstand ein großer Waldbrand, welcher etwa 30 Morgen Wald meistens junge Pflanzungen, vollständig vernichtete. Wer die Schuld an dem Brande trägt, ist noch nicht erwiesen. Der Schaden ist bedeutend.

** **Dortmund**, 6. April. **In der Stadtverordnetensitzung** wurde der Antrag auf Erhebung eines Zuschlages von 50 Prozent auf die festgesetzten Steuersätze für Wanderlagerbetriebe genehmigt. Der allmählichen Umwandlung der Seminarübungsschule des Lyzeums in eine Grund- und Handelslehrerinnen mit Hochschulbildung in den städtischen kaufmännischen Unterrichtsanstalten wurden in die Besoldungsgruppe 10 bisher 9, und der Direktor in Gruppe 12, bisher 11, eingereiht.

Dortmund 6. April. **(Nachspiel zum Schulstreik.)** Der Aufforderung, wegen Belegung der Kreuzschule mit der Sicherheitspolizei in einen Schulstreik einzutreten, waren im vorigen Jahre recht viele Eltern, wenn auch in der Hauptsache nur auf kurze Zeit, gefolgt. Sie waren deshalb bestraft und sonders mit einem Strafmandat bedacht worden, gegen das sie auf gerichtliche Entscheidung Antrag stellten. Das Schöffengericht hat, da der Vertreter der Beschuldigten, Rechtsanwalt Frank I erklärt hatte, gegebenenfalls die Sache bis zum Kammergericht zu verfolgen, zunächst nur in einem Falle entschieden und bis zur Durchfechtung dieses durch alle Instanzen die übrigen zurückgestellt. Es ist zu einer Bestätigung des Strafmandats gekommen. Gestern hatte sich die Berufungs-Strafkammer damit zu befassen. R.-A. Frank führte aus, daß die Stadtverwaltung zweifellos berechtigt gewesen sei, die Kreuzschule mit der Sicherheitspolizei zu belegen, da ihr ein anderes Gebäude für diese nicht zur Verfügung gestanden habe. Dabei sei die Stadtverwaltung überzeugt gewesen, daß das leibliche und geistige Wohl der ausgeschulten Kinder keinen Schaden erleiden werde. Andererseits aber hätten die Eltern der Ansicht sein können, daß die Stadtverwaltung kein Recht habe, ein Schulgebäude mit der Sicherheitspolizei mit Beschlag zu belegen und so seiner Bestimmung zu entziehen. Weiter aber hätten die Eltern alle Ursache gehabt, zu befürchten, daß ihre Kinder einerseits durch die längeren Schulwege, anderenteils durch die Überfüllung Zusammendrängung in überfüllten Schulklassen in ihrem leiblichen und geistigen Wohl arg beeinträchtigt werden würden. Daraus ergehe sich für die Eltern das Recht, ihre Kinder der Schule vorsorglich fernzuhalten. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und hob das Strafmandat, das Gegenstand der Verhandlung war, auf. Damit ist auch wenigstens in zweiter Instanz, das Schicksal der übrigen Strafmandate, deren Zahl etwa 1000 sein dürfte, entschieden. Auch ihre Aufhebung wird nunmehr erfolgen.

? **Altena**, 6. April. **(Steinbruchunglück.)** Hier ereignete sich in einem Steinbruch an der Nettestraße ein größerer Unglücksfall. Als der Schießmeister mit dem Laden eines starken Sprengschusses beschäftigt war, fand eine Explosion statt, wobei der Arbeiter Schneider getötet und die Arbeiter Schmidt und Hebeler verletzt wurden. Vermutlich soll die Zündung durch eine Gesteinsverschiebung eingetreten sein.

(g) **Habinghorst**, 6. April. **Ein schwerer Einbruchsdiebstahl** wurde nachts bei Elsberg an der Kronprinzenstraße verübt. Die Diebe stiegen durch ein Fenster des ersten Stocks, drangen durch das Wohnzimmer in das Schlafzimmer der Eheleute Elsberg ein, knebelten sie bei vorgehaltenem Revolver und raubten 10 000 Mark und verschiedene Schmucksachen mit.

? **Bocholt**, 6. April. **Ein frecher Ladendiebstahl** ereignete sich in einem Metzgergeschäft an der Langenbergstraße. Dort hatte ein 7jähriger Junge nach den Wurst- und Fleischpreisen gefragt, sich gleich wieder entfernt, aber die Tür nicht eingeklinkt. Als er sah, daß der Geschäftsinhaber den Laden verließ, schlich er unbeachtet, da er ja die Tür nicht eingeklinkt hatte und die Klingel infolgedessen nicht ertönte, wieder in den Laden, kroch auf allen Vieren hinter die Theke und erbeutete die ganze nicht unbeträchtliche Ladenkasse. Der Raub konnte jedoch dem kleinen vielversprechenden Räuber wieder abgenommen werden, da der Vorfall von der Straße durch das Schaufenster beobachtet worden war.

Der stille See.

Roman von H. Courts-Mahler.

Nachdruck verboten.

27. Fortsetzung.

Eine leise Ungeduld stieg in Hans Rochus auf u. machte ihn unruhig. War diese Frau ein Rätsel, das er zu lösen nicht imstande war, oder bildete er sich das nur immer wieder ein?

„Ist es dir nicht zu einsam jetzt in Rochsberg?" fragte er plötzlich.

„Nein."

„Hast du nie Langeweile?"

„Nein — niemals. Das kenne ich gar nicht. Im Hause meines Vaters war es doch viel stiller und einsamer als hier."

„Für einige Abwechslung sorgen hier schon meine ehemaligen Kameraden. Sie haben Rochsberg immer gern besucht. Und die Damen vom Regiment mögen dich scheinbar alle gut leiden."

„Sie sind alle sehr freundlich zu mir."

„Wenn du willst, kannst du dir ja auch Hilde auf einige Wochen einladen."

Sie war nicht sehr erfreut von dieser Aussicht. Hilde mißfiel ihr immer mehr, je näher sie sie kennen lernte. Sie ließ sich das jedoch nicht merken, um Hans Rochus nicht in seinen Verwandten zu kränken. So erwiderte sie auch jetzt freundlich:

„Damit wollen wir warten bis zum Hochsommer. Dann hat Hilde mehr von ihrem Aufenthalt hier."

„Ich schlug es nur in deinem Interesse vor."

„Du brauchst dich wirklich nicht um mich zu sorgen. Ich bin ein Mensch, der in sich selbst Genüge findet. Viel Gesellschaft brauche ich nicht."

„Mit was beschäftigst du dich eigentlich, wenn du so stundenlang allein bist?" fragte er forschend.

„Oh — ich — ich habe allerlei zu tun. Uebrigens wollte ich eine Bitte an dich richten."

„Sie ist dir im Voraus gewährt, zumal du so selten um etwas bittest."

„Ich sah heute drüben im Park, am äußersten Ende, einen hübschen kleinen Pavillon stehen. Er ist ringsum von einer Veranda umgeben. Man hat von dieser Veranda einen prachtvollen Ausblick ins Tal. Der innere Raum ist ganz reizend ausgestattet, wie das Boudoir einer Dame."

„Ah du meinst Mutters Eremitage. Meine Mutter pflegte sie, gern dort aufzuhalten. Seit ihrem Tode ist sie nicht mehr benutzt worden."

„Jedenfalls nicht. Würde es dir pietätlos erscheinen, wenn ich dich bitte, den Pavillon wieder instandsetzen zu lassen? Im Sommer bietet er einen entzückenden Aufenthalt und ich möchte ihn benutzen."

„Gleich morgen soll er in Ordnung gebracht werden. Pietätlos finde ich es gewiß nicht, wenn du den Geschmack meiner Mutter teilst. Ich wollte, du hättest einmal eine schwerer zu erfüllende Bitte an mich. Wenn es dir recht ist, gehen wir heute nachmittag hinüber. Du kannst mir gleich sagen, was du geändert haben willst."

„Du bist sehr freundlich zu mir."

Er faßte ihren Arm.

„Du machst mir das auch so leicht. Anders als freundlich kann man auch kaum zu dir sein."

Sie schlug die Augen nieder, ihr Gesicht bekam den kühlen, leeren Ausdruck wieder.

Da seufzte er entmutigt auf und gab ihren Arm wieder frei.

Als sie im Schloß wieder ankamen, wurde ihnen Peter Ravenport gemeldet, der inzwischen eingetroffen war. Ruth begrüßte ihn kühl und zurückhaltend wie immer. Hans Rochus wußte, daß zwischen Vater und Tochter kein sonderlich inniges Verhältnis bestand. Die Begrüßung zwischen ihm und Ravenport fiel herzlicher aus als die zwischen Vater und Tochter.

Nach Tisch zogen sich die beiden Herren in den Rauchsalon zurück, um von Geschäften zu reden. Ruth ging in ihren kleinen Salon, der sich in der ersten Etage im Mittelflügel neben einer Reihe Zimmer befand, die alle zu ihrem ausschließlichen Gebrauch bestimmt waren. Hier hielt sie sich am liebsten auf. Ihr Flügel hatte hier Aufstellung gefunden, und wenn sie Hans Rochus abwesend wußte, musizierte sie fleißig.

Sie glaubte, Hans Rochus liebe Klavierspiel nicht. Einmal hatte er während auf die „elende Klavierseuche" und „stümperhaftes Geklimper" gescholten, als eine Dame in einer Gesellschaft etwas vorspielte. So rührte sie keine Taste an, solange sie ihn zu Hause wußte.

Auch musizierte sie am liebsten, wenn sie allein war, denn etwas von dem, was sie sonst scheu in sich verschloß, pflegte sie in Tönen zu verraten, die sie dem Instrument entlockte. Daß sie eine Meisterin im Klavierspiel war, hatte man ihr schon im Pensionat oft genug gesagt. Aber auch zu Hause bei dem Vater hatte sie nur musiziert, wenn er nicht daheim war. Peter Ravenport war alle Musik nur ein störender Lärm, das hatte er seiner Tochter gesagt. Und sie glaubte, Hans Rochus teile diese Ansicht. —

Ruth stand am Fenster ihres Salons und sah hinaus in den maiengrünen Park. Ein schwerer Seufzer hob ihre Brust. Und dann ging sie lange Zeit rastlos im Zimmer auf und ab, die Stirn in schmerzliche Falten gezogen, die Augen halb geschlossen.

Jetzt sah ihr Gesicht weder kühl noch gedankenleer aus. Das war nicht mehr die indolente, gleichmäßig ruhige Ruth. Dies schmerzverzogene Gesicht war das eines Weibes, in dessen Seele feindliche Gewalten miteinander rangen.

In der Einsamkeit ihres Zimmers warf sie die Maske ab. Hier war sie ganz sie selbst. Endlich schien sie ruhiger zu werden. Ihre Schritte verlangsamten, das Gesicht glättete sich. Schließlich trat sie an den Schreibtisch heran, der schräg vor dem Fenster stand. Sie ließ sich daran nieder und stützte den Kopf in die Hände. Nach einer Weile öffnete sie ein Fach und nahm einen Stoß unbeschriebenen Papiers heraus. Sie begann zu schreiben. Blatt um Blatt füllte sich mit ihrer festen, charakteristischen Schrift, und dabei nahm ihr Gesicht einen friedlich abgeklärten Ausdruck an. Und die großen dunklen Augen leuchteten wie von einem inneren Feuer erhellt.

Was hätte Hans Rochus wohl gedacht, wenn er sie so gesehen hätte?

* *

An einem heiteren Julitage waren einige Offiziere mit ihren Damen zu Rochsberger Schloß gewesen. Sie waren gleich nach Tisch mit der Bahn angekommen und hatten den kurzen, sehr schönen Weg, der von der Station bergaufwärts durch den Wald führte, zu Fuß zurückgelegt.

Als sie gegen Abend wieder aufbrachen, nach einem fröhlich verlebten Nachmittag, hatten die Damen Lust, auch den Rückweg in gleicher Weise anzutreten. Obwohl Hans Rochus in liebenswürdigster Weise Wagen zur Heimfahrt zur Verfügung stellte, blieb es bei der Fußpartie bis zur Station.

Ruth verabschiedete sich am Fuße der Freitreppe von ihren fröhlich plaudernden Gästen. Hans Rochus rief seiner Frau zu, daß er den Herrschaften das Geleit geben wollte, und winkte ihr einen freundlichen Gruß zu.

Sie sah eine Weile hinter ihnen her und ging dann in ihren Salon. Hans Rochus würde ziemlich eine Stunde brauchen, bis er zurückkam, wenn er bis zur Station mitging. Die Zeit wollte sie benützen und wieder einmal nach Herzenslust musizieren.

Da sie sich allein wußte, gab sie sich mit ganzer Seele dem Genuß hin.

Hans Rochus hatte jedoch seine Gäste nur bis zum Parktor begleitet und kehrte viel früher zurück, als sie ihn erwartete.

Als er unten durch die weite Halle schritt und die mit dicken Teppichen belegte Treppe emporstieg, blieb er plötzlich lauschend stehen. In vollen, brausenden Akkorden tönten ihm die Klänge des Flügels entgegen.

Ein verständnisvolles Aufblitzen in seinen Augen verriet, daß er sofort die Situation erfaßt hatte. Ruth spielte, wenn sie ihn abwesend glaubte.

Er hatte sie noch nie spielen hören, war auch gar nicht begierig darauf gewesen, sich die üblichen Salonstückchen vorspielen zu lassen. Es war ihm ganz entfallen, daß sie soviel Gewicht darauf gelegt hatte, ihren Flügel mit nach Rochsberg zu nehmen.

Nun sollte ihn ein Zufall daran erinnern. Je näher er ihrem Zimmer kam, desto größer und erstaunter wurden seine Augen. War das wirklich Ruth, unter deren Fingern diese beseelten Töne hervorquollen?

Leise öffnete er die Tür zu dem Zimmer, welches dem kleinen Salon am nächsten lag. Dort setzte er sich still in einen Sessel und lauschte wie gebannt auf Ruths Spiel.

Wie Perlen reihten sich die Töne aneinander. Es sang und klang heißes, pulsierendes Leben unter ihren Händen hervor. Schmerz und Klage, wildes, brennendes Weh und Leid, und dann wieder ein sanftes Auflösen in schmeichelnden Molltönen. Voll und rein war der Anschlag, und die Passagen wurden meisterhaft gespielt.

Hans Rochus rührte sich nicht. Mit geschlossenen Augen lag er in dem Sessel und trank die Töne in sich hinein mit andächtigem Lauschen.

Nun begann Ruth ein Nocturno von Chopin. Hans Rochus glaubte, es noch nie in so vollendeter Weise gehört zu haben.

Als sie damit zu Ende war, präludierte sie wie träumend eine leise, sanfte Melodie, die er nicht kannte, die ihn aber seltsam ergriff. Und dann begann sie die Mondschein-Sonate.

Sein Gesicht wurde bleich vor innerer Erregung. War das wirklich Ruth, die stille, indolente Frau mit den kalten, leeren Gesichtszügen, aus deren Quellen diese herrlichen Töne wirklich unter ihren Fingern hervor, diese seelenvolle, fein empfundene Musik, Beethovens göttliche Offenbarung: Hauchte sie dem Instrument eine Seele ein? Eine Seele? Dieses Spiel war beseelt. Ein unbedeutender, gedankenarmer Mensch eine Seele vermochte so Beethovens Schöpfung wiederzugeben.

Warum versteckte sie so scheu ihr Empfinden vor ihm?

(Fortsetzung folgt.)

(?) **Gladbeck**, 6. April. **Wegen wucherischer Preistreiberei** hatten sich der Kaufmann Adolf Oppenheimer und dessen Ehefrau vor dem Essener Wuchergericht zu verantworten. Beide hatten während der Kriegsjahre in versteckten Lagerräumen Friedensware in großen Mengen aufgestapelt, die erst später zu höheren Preisen wieder verkauft werden sollten. Die Ermittlungen ergaben, daß das Warenlager schon 1916 angelegt worden war. Es hatte einen Wert von 80 000 Mark. Sämtliche Waren wurden beschlagnahmt. Beide Eheleute wurden zu je 15 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

(g) **Bielefeld**, 6. April. **(Ein ungetreuer Knecht.)** Vergnügte Osterwochen machte sich der 18 Jahre alte Knecht August Sakowski aus Wattenscheid, der bis vor 14 Tagen im Dienste der Witwe Johanna Osthoff in Großdornberg stand und seiner Dienstherrin bei seinem Fortgange aus ihrer Kommode 86 000 Mark in bar stahl. Nach verschiedenen Spritztouren landete er dieser Tage mit Automobil in Jöllenbeck, wo er durch seine großen Geldausgaben auffiel und sich seiner der Oberlandjäger Neugart annahm, der bei ihm noch etwas über 23 000 Mark vorfand, das übrige war bereits verjubelt.

** **Köln**, 6. April. **(Schadenfeuer.)** In der Nacht zum Sonntag entstand auf bisher unaufgeklärte Weise in der städtischen Wohnungssiedlung Köln-Nippes ein großes Schadenfeuer, dem die zum Bau der Häuser aufgestellten Holzvorräte zum Opfer fielen. Ebenfalls sind zwei der neu gebauten, aber noch nicht bewohnten Häuser bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die Feuerwehr konnte ein Uebergreifen des Brandes verhindern. Die fast fertiggestellten Siedlungen sollten in kurzer Zeit ihrer Bestimmung übergeben werden. Die Löscharbeiten dauerten 24 Stunden, sodaß die Feuerwehrmannschaften in regelmäßigen Zeitabständen abgelöst werden mußten.

Wie ein Engländer Düsseldorf sieht.

H. W. Smith, ein englischer Journalist, dessen Artikel über die Verhältnisse in den von den Briten besetzten Rheinstädten in seinem Vaterlande stets großes Interesse finden, hat Düsseldorf besucht und die englischen und französischen Truppen, die dort konzentriert sind, in den „Daily News" geschildert. Er schreibt, daß man sich stets die Frage vorlegt, ob der Haß gegen die Franzosen und Engländer hier am Rhein weniger groß sei als im Norden Deutschlands und daß man hier weniger von dem Haß merke.

„In der Königsallee", so schreibt Smith, „gehen die ehrsamen Bürgerpaare des Sonntags bei den Klängen der Musik einer englischen Militärkapelle wahrscheinlich ebenso friedlich und vergnügt spazieren, wie sie es in den friedlichen Zeiten bei dem Marsch eines preußischen Grenadierregiments taten; die hübschen jungen Mädchen Düsseldorfs, von denen es eine erstaunlich große Anzahl gibt, wandeln Arm in Arm mit ihren Verehrern dahin und scheinen sich auch unter der Herrschaft der Alliierten nicht minder gut zu amüsieren als vor sechs Jahren, und die kleinen Buben und Mädchen spielen ebenso gern unter dem Union Jack und der Trikolore mit ihren Reifen und Handwägelchen, Bällen und Diabolos, wie seinerzeit unter dem schwarz-weiß-roten Banner. Das öffentliche Leben hat sich also im großen und ganzen nur sehr wenig verändert und die Leute sind nicht so sehr unzufrieden mit den bestehenden Verhältnissen oder scheinen es wenigstens auf den ersten Blick nicht zu sein. Allerdings ist die Verpflegung für die Einheimischen nicht eben königlich, das Brot ist rationiert, ebenso mancher andere Artikel. Die Gehälter, die die Angestellten beziehen, sind nicht schlecht zu nennen: Die Bediensteten der Straßenbahnen erhalten sechs bis sieben Mark für die Stunde, die Arbeiter acht bis neun Mark, was immerhin nicht wenig ist und ein ganz gutes Leben ermöglicht. Brot kostet eine Mark fünfzig Pfennig das Pfund, Butter 35 Mark und die Kleidungsstücke kosten hier in Mark ebensoviel wie in England in Pfundstücken. Für zwölf Mark fünfzig Pfennig kann man schon ein ganz gutes Hemd erhalten (?), wenn man nicht auf besonderen Luxus in der Ausführung Wert legt. Ich habe mir jedoch erzählen lassen, daß in Berlin ein Hemd um diesen Preis nicht einmal in der allerschlechtesten Ausführung zu bekommen ist.

Die Besatzungstruppen benehmen sich sehr korrekt, man hört keine Klage über sie, und die Bevölkerung hat sich schon hinreichend an den Anblick der fremden Uniformen gewöhnt und General Gaucher, dessen Hauptquartier sich hier befindet, hat selten Gelegenheit, Klagen der Bevölkerung anzuhören.

*

Die Kindersterblichkeit ist hier leider sehr groß. 35 bis 40 Prozent der Kleinen sind mit Tuberkulose behaftet und nichts geschieht, um diese furchtbare Krankheit einzuschränken. Alles in allem muß ich wiederholen, daß die Bewohner Düsseldorfs keinen Grund haben, die Okkupation zu bedauern, denn die Besatzungstruppen bringen auch viel Geld in die Stadt, das den Kaufleuten zustatten kommt."

*

Der Bericht des Mr. Smith ist im allgemeinen sachlicher gehalten, als wir es von Pressevertretern aus den Ententeländern sonst gewohnt sind. Ganz ohne Entgleisung geht es auch hier nicht ab; so dürfte das „gute" Hemd für 12½ Mark wohl nur in der Phantasie von Mr. Smith existieren. Daß sein ganzes Stimmungsbild letzten Endes nur ein Loblied auf die englischen Besatzungstruppen sein soll, kann bei dem strammen Nationalbewußtsein der Engländer nicht wundernehmen. Vielleicht denkt aber Mr. Smith mit sachlicher Unvoreingenommenheit einmal darüber nach, ob sich nicht die Kindersterblichkeit und die Tuberkulose in Beziehung setzen läßt zu den Besatzungstruppen und ihren Ansprüchen, die Zivilbevölkerung des von ihnen besetzten Gebietes zu stellen gewohnt sind.

Die Nervosität gegen Japan.

Der New Yorker Berichterstatter der Daily News meldet, daß die Entsendung britischer Offiziere des Flugdienstes nach Japan, die dort den Flugdienst der japanischen Armee entwickeln sollen, außerordentlich viel böses Blut mache. Die Entsendung selbst ist eine Tatsache und wurde in London schon vor einiger Zeit mit der Erklärung begründet, daß es sich nur um eine kameradschaftliche Gefälligkeit handle, da Japan die nötigen Erfahrungen und das nötige Material fehlten. Auch handle es sich nur um ein Leihen von Offizieren, und die Entsendung trage durchaus keinen amtlichen Charakter. In den Vereinigten Staaten aber scheint die Nervosität gegen Japan schon einen hohen Grad erreicht zu haben, denn die Entsendung wird dort, dem Berichterstatter der Daily News zufolge, als eine direkte Herausforderung betrachtet.

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

(TU) Der vom Deutschen nautischen Verein und vom Verband deutscher Seeschiffahrtsvereine einberufene 8. deutsche Seeschiffahrtstag wurde vom Vorsitzenden Senator Dimpker-Bremen eröffnet. Als Vertreter des Reichspräsidenten war Staatssekretär Dr. Albert erschienen. Senator Dimpker verband mit dem Dank an die Regierung den Ausdruck der Genugtuung über den kürzlich zustande gekommenen Abkommensvertrag zwischen der Regierung und den Reedereien. Wenn auch nicht alles erreicht sei, was die Reedereien hätten erwarten dürfen, so sei doch nunmehr eine feste Grundlage geschaffen, auf der der Wiederaufbau unserer Handelsflotte in Angriff genommen werden konnte.

— Generaldirektor der Hapag, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Kunow, sprach über den Wiederaufbau unserer Handelsflotte, der mit dem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft überhaupt in engstem Zusammenhang stehe. Das neue Abfindungsgesetz stelle die Mittel zur Verfügung, um vielleicht ein Drittel unserer früheren Schiffe wieder bauen zu können. Der Vertrag biete nichts weiter als eine Absindung. Der Wiederaufbau selbst müsse auf dem Boden der Selbstverwaltung der Reedereien erfolgen. Wir müßten uns darauf beschränken, in erster Linie Frachtschiffe zu bauen, während der Wiederherstellung des Passagierverkehrs nur in der Vereinigung von Fracht- und Personenschiffen Rechnung getragen werden könne. Redner berührte kurz die Bestimmungen des Versailler Friedens, bei denen menschlicher Wille glaubte, der natürlichen Entwicklung der Dinge vorgreifen zu können. Was habe die Wegnahme unserer Schiffe den Feinden genützt? Entgegen allen Mutmaßungen der Sachverständigen hat der Weltschiffsraum jetzt schon wieder den Stand vor dem Kriege weit überschritten, so daß in englischen, französischen, japanischen usw. Häfen unsere früheren Schiffe auflägen und nur Konservierungsarbeit benötigten. So würden uns unsere Schiffe allmählich auf dem Wege über ausländische Firmen zurückgekauft. Für die Wiedereinführung der alten Manneszucht, ohne die ein Schiffsbetrieb undenkbar wäre, müßten wieder gesetzliche Grundlagen geschaffen werden.

Im Verlauf der Tagung wurde einstimmig eine vom Kapitän Schröder vorgelegte Entschließung angenommen, die die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Flagge fordert. Dafür seien, so betonte der Referent, keineswegs parteipolitische Gründe maßgebend, sondern nur Erwägungen der Zweckmäßigkeit und Pietät. Diesen Standpunkt nähmen übrigens alle Seeleute ohne jeden Unterschied ihrer politischen Parteistellung ein.

Gründe der Kohlenpreiserhöhung.

Wie aus der Sitzung des Reichskohlenverbandes verlautet, ist die Bewilligung der Kohlenpreiserhöhung um 23 Mk. pro Tonne mit allen gegen die Stimme des Vertreters der Arbeiterschaft der verbrauchenden Industrie erfolgt. Sämtliche übrigen Verbrauchervertreter haben mit sämtlichen Delegierten der Arbeiterschaft und Beamtenschaft für die Kohlenpreiserhöhung gestimmt. Ausschlaggebend für die Bewilligung war der Bericht der technischen Kommission des Reichskohlenrats, der bewies, daß ohne eine ausreichende Kohlenpreiserhöhung die Bergverwaltungen nicht mehr imstande seien, die Gruben auf dem Stand der Technik zu erhalten, der eine Förderungssteigerung garantiere. Von den 23 Mk. Kohlenpreiserhöhung werden der Regierung 5 Mk. für Beschaffung billiger Lebensmittel und Deckung des Defizits für Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Nach Aeußerung der Sachverständigen sollen die den Bergwerken verbleibenden 18 Mk. kaum hinreichen, die Aufgaben des technischen Ausbaues zu erfüllen. Mehrkosten, die durch Lohnerhöhungen entstehen können, sind in die Erhöhung nicht einkalkuliert worden.

Mit russischem Gelde.

Der „Vorwärts" veröffentlicht ein Schreiben des provisorischen internationalen Rats der Gewerkschaften, das charakteristisch für die Beziehungen der deutschen Kommunisten zu Moskau und für ihre finanzielle Abhängigkeit von Moskau ist. Das Schreiben hat ein P. S., das lautet:

Durch den Ueberbringer übersenden wir Ihnen Geldmittel und bitten Sie, uns wöchentlich über Ihre Ausgaben telegraphisch mitzuteilen, damit wir Ihnen die nötigen Mittel ohne Verzögerung leisten können.

Dazu bemerkt der Vorwärts: Dieses Dokument bildet einen weitern Beitrag zur innern Geschichte der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands und zur Vorgeschichte des neuesten Putsches. Es bestätigt unsre Auffassung, daß die frühere Parteileitung der Kommunisten sich zu einem gewissen Verantwortungsgefühl durchgerungen und eine Ueberleitung der Bewegung in ruhigere Bahnen vorsichtig vorzubereiten versucht hatte. Deshalb wurde sie abgesägt und durch eine Bande gewissenloser Abenteurer ersetzt, die bereit waren, zu tanzen, wie Moskau pfiff. Etwas anderes war auch nicht möglich wegen der finanziellen Abhängigkeit der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands von Moskau, die in der Nachschrift zu drastischem Ausdruck kommt. Moskau zahlt wöchentlich! Moskau zahlt, was verlangt wird! Aber dafür fordert Moskau auch die Unterordnung der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands unter die putschistischen Elemente der „Arbeiterunion" und des Syndikalismus. Der Märzputsch von 1921 ist mit russischem Geld und unter russischer Einwirkung gemacht worden. Das ist ja auch die einzige Erklärung für ihn, da jeder politisch unterrichtete Deutsche, gleichviel welcher Richtung, seine völlige Aussichtslosigkeit von vornherein erkennen mußte. Nutzlos und sinnlos haben die gegenwärtigen Führer der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands das Leben ihrer Anhänger geopfert auf Befehl ihrer ausländischen Geldgeber. Die sparen nicht mit Mitteln, wenn es gilt, fremde Häuser anzuzünden und im fremden Land Proletarierleichen zu häufen. Für die Hinterbliebenen ihrer Opfer zu sorgen, werden sie aber, wie bisher noch immer großmütig — den deutschen Arbeitern überlassen!

Weitere Nachrichten.

— **(Die Kohlenbewirtschaftung während der Gewaltmaßnahmen.)** Vielfach ist das Gerücht verbreitet, daß in der Kohlenbewirtschaftung des besetzten Gebietes infolge der zu erwartenden Zollmaßnahmen der Besetzungsmächte bereits Aenderungen eingetreten seien. Die „Frankfurter Zeitung" erfährt dazu von zuständiger Stelle, daß hiervon keine Rede sein kann. Lediglich ist an den bisherigen Einfuhr- und Ausfuhrbestimmungen etwas geändert worden, noch ist daran zu denken, daß Kohlen irgendwelcher Art, auch Saarkohlen, wieder dem freien Handel zugeführt oder ohne Bezugsscheine bezogen werden können. Das Meldeverfahren, System für die Industrie bleibt in vollem Maße bestehen. Ebenso bedarf es zu jeder Kohleneinfuhr nach wie vor der bisher üblichen Einfuhrgenehmigung.

— **(Politischer Prozeß gegen die deutsche Presse in Oberschlesien.)** Die interalliierte Regierung und Plebiszitkommission Oppeln haben gegen die verantwortlichen Redakteure des „Oberschlesischen Wanderers", des „Oberschlesischen Anzeigers", der „Ostdeutschen Morgenpost" und der „Oppelner Zeitung" ein Strafverfahren vor dem Sondergerichtshof in Oppeln anhängig gemacht. Alle vier werden beschuldigt, am Vorabend der Abstimmung eine falsche Nachricht von der Schließung der Warschauer Börse gebracht zu haben, die nach Artikel 4 und 5 der Verordnung vom Juni 1920 geeignet gewesen sei, die öffentliche Ordnung zu stören. Die Verhandlung findet am 5. April statt. Gegen die polnische Hetzpresse wird natürlich nicht im geringsten eingeschritten.

— **(Amerikanische Ansprüche an Deutschland.)** Wie die T.-U. berichtet, werden jetzt dem Senat die Ansprüche amerikanischer Bürger an Deutschland, die auf Kriegsverlusten beruhen, vorgelegt. Die Hauptposten sind: 60 Millionen für Schiffsladungen, die von U-Booten versenkt wurden, 85 084 613 Dollar Verluste bei Versicherungs-Gesellschaften und dem Kriegsrisikobüro der Regierung mit 119 547 346 Dollar für amerikanisches Eigentum verschiedener Art in Deutschland. Eine Oelgesellschaft verlangt 30 Millionen Dollar für Zerstörung ihres Eigentums in Rumänien. Da im Staatsdepartement noch immer weitere Ansprüche gemeldet werden, kann zurzeit noch keine endgültige Gesamtsumme angegeben werden.

— **(Keine englisch-japanische Allianz.)** Reuter zufolge verlautet in britischen und japanischen Kreisen, daß die Gerüchte über die englisch-japanische Allianz vollkommen unwahr sind. Die Frage einer Erneuerung des Bündnisses sei von keiner der beiden Regierungen aufgeworfen worden. Sowohl in Tokio als auch in London sehe man ein, daß die Dominions das volle Recht haben, gefragt zu werden, bevor eine Aktion unternommen wird. Vor Zusammentritt der Konferenz der Dominions wird nichts unternommen werden, ganz abgesehen davon ist es klar, daß in jedem Falle der Antrag einer Abänderung gemäß den Bestimmungen des Völkerbundvertrages bedarf.

— **Brand in der Pulverfabrik Burg.** In der Pulver- und Munitionsfabrik in Burg bei Magdeburg entstand Montag ein großer Brand, der in den späten Abendstunden noch nicht gelöscht war. Durch den Brand explodierten zahlreiche Granaten. Bisher konnten 5 Tote festgestellt werden. In das städtische Krankenhaus sind 4 Schwerverletzte eingeliefert worden. Die Zahl der Getöteten und Verletzten wird noch weit höher geschätzt.

— **Ein Blinder von seiner Mutter ermordet.** Unter dem furchtbaren Verdacht, ihren eigenen 19 Jahre alten erblindeten Sohn ermordet zu haben, wurde heute früh die Oberamtsrichterswitwe Hassenberger aus Seßlach in das Bamberger Landgerichtsgefängnis eingeliefert. Der Sohn wurde in der Wohnung seiner Mutter erhängt aufgefunden. Die Sektion der Leiche hat ergeben, daß der junge Mann eines gewaltsamen Todes gestorben ist. Der Verdacht auf die eigene Mutter verdichtete sich derart, daß ihre Verhaftung wegen vorsätzlichen Mordes erfolgte. Der Fall erregt in dem Städtchen Seßlach, wo der verstorbene Ehemann der Verhafteten lange Jahre Richter war, großes Aufsehen.

— **In einem Dorfe des lieben Schwabenlandes** drängte der Lehrer seit langem darauf, daß endlich einmal eine Landkarte von Europa angeschafft werde. Es gelang ihm auch, den Fall bis in den Gemeinderat zu bringen, wo er dann freilich unverhofft zu Fall kam. „Was," sagte der Dorfschulze, „mir hent doch Landkarte grad genug. Amerika, Württemberg und Preußen, weiter brauchet wir net — nach Europa kommt doch keins von dene Kinder."

Ein amerikanisches Friedens-Programm mit 7 Punkten.

(TU) **Paris**, 6. April. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" kann das Programm der Regierung der Vereinigten Staaten bezüglich des Friedens mit Deutschland und der Aufrechterhaltung des Weltfriedens folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Verwerfung des Vertrages von Versailles mit Einschluß des Völkerbundpaktes;
2. Annahme der Entschließung Knox, die den Frieden mit Deutschland wieder herstellt;
3. Sonderverhandlungen über einen mit Deutschland zu schließenden Vertrag bezüglich der Feststellung der Schäden, der Verantwortung der Beschwerden und der Aufhebung der sich aus dem Kriege ergebenden Folgen;
4. In die Entschließung Knox wird eine Erklärung eingefügt, die besagt, daß Amerika mit den hauptsächlichsten ehemaligen kriegführenden Ländern zum Zwecke einer gegenseitigen Verständigung zusammenarbeiten wird, falls der Frieden in Europa durch eine Macht oder durch eine Vereinigung von Mächten bedroht wird;
5. Annahme einer Sonderentschließung darüber, daß die Vereinigten Staaten mit den Alliierten der Ansicht sind, daß Deutschland die Verantwortung am Kriege trägt und daher in den Grenzen der Möglichkeit volle Wiedergutmachung zu leisten hat;
6. Verhandlungen mit England und Japan zum Zwecke einer Verminderung der Flottenrüstungen;
7. Den übrigen Mächten sollen Vorschläge zur Gründung eines neuen Völkerbundes unterbreitet werden, der den Frieden der Welt sichern wird und dem sich die Vereinigten Staaten getreu ihrer traditionellen Politik anschließen können, ohne jedoch gezwungen zu sein, sich in innereuropäische Angelegenheiten einzumischen. Das Statut dieser Vereinigung soll Amerika volle Handlungsfreiheit gewährleisten.

Sondergerichte an der Arbeit.

(TU) **Hamburg**, 6. April. Gestern begannen die Sitzungen des außerordentlichen Gerichts gegen die an den Unruhen beteiligten Personen. Als einer der ersten wurde der auf der Werft von Blohm und Voß verhaftete Maschinenbauer Schlanze aufgerufen, der am 23. März die rote Fahne auf dem Dache des Direktionsgebäudes gehißt hat. Das Urteil lautete auf 18 Monate Gefängnis. — Eine Frau wurde zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie den niedergeschossenen Zugwachtmeister Adler von der Ordnungspolizei durch Faustschläge ins Gesicht schwer mißhandelt und mit Füßen getreten hat.

(W) **Magdeburg**, 6. April. Gestern begann im Schwurgerichtssaal in Magdeburg vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I ein großer Kommunistenprozeß gegen den Privatier Albert Vater in Magdeburg, den Maschinenschlosser August Jakob in Stendal und 24 andere Angeklagte. Vater und Jakob sind beschuldigt, es ohne Genehmigung der Dienststellen unternommen zu haben, sich mit Personen zusammengeschlossen zu haben und anderen dazu Beihilfe geleistet zu haben. Anklagevertreter ist der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kaehler. Die Verteidigung führt der Unabhängige Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg. Der eigentliche Leiter der militärischen Propaganda im Großkampfbezirk Halle, der kommunistische Parteisekretär und anhaltische Landtagsabgeordnete Bruno Götze, ist nicht auf der Anklagebank, da bisher eine Genehmigung zur Strafverfolgung noch nicht zu erlangen war. Für die Verhandlungen sind 4 Tage vorgesehen.

Millionenschiebung bei einer Berliner Abwickelungsstelle.

(bb) Zwei Hilfsarbeiter einer Berliner Abwickelungsstelle, die zum 1. April aufgelöst worden ist, hatten noch kurz vorher, um sich in den Besitz einer großen Geldsumme zu setzen, ein Schwindelmanöver in die Wege geleitet, durch das sie sich über eine Million Mark in die Hände spielen wollten. Die ungetreuen Hilfsbeamten, Reimers und Günternagel, hatten einen Kaufmann Dettau kennen gelernt, den sie in ihren Plan einweihten. Sie unterrichteten diesen dann, daß sie in der Lage wären, an frühere Lieferanten der Heeresstelle, für die sie jetzt tätig waren, größere Geldsummen zu überweisen. Dettau fand einen Weinhändler, der früher mit der Abwickelungsstelle in Verbindung stand und teilte diesem mit, daß für ihn, Dettau, eine größere Summe Geldes von der Abwickelungsstelle auf sein Konto überwiesen werde und bat ihn zugleich, diesen Betrag für ihn abzuheben. Bald darauf wurden auch auf das Konto des Weinhändlers 330 000 Mark überwiesen. Diese hob der Weinhändler ab und händigte sie Dettau aus. Dieser wiederum teilte sich das Geld mit Reimers und Günternagel. Alle drei versuchten, sich auf diese Weise noch eine weit höhere Summe zu verschaffen. Schon nach wenigen Tagen wurden dem Konto des Weinhändlers wieder 692 000 Mark überwiesen. Jetzt aber wurde der Weinhändler stutzig und benachrichtete die Staatsanwaltschaft. Diese ließ feststellen, daß es sich um ein großes Betrugsmanöver handelte. Dettau und die Hilfsarbeiter wurden verhaftet.

*

Millionendiebstähle im Berliner Konfektionsviertel.

Den Schrecken des Konfektionsviertels in Berlin bildeten seit langem eine Anzahl Einbrecher, die Millionenwerte erbeutet hatten, bis sie jetzt nach langen Beobachtungen durch die Kriminalpolizei unschädlich gemacht wurden. Es handelte sich um die Arbeiter Fritz Fuhlmann, Adolf Kornicke und zwei Brüder Bohlke, die früher als Hausdiener in verschiedenen Geschäften tätig waren. Diese vier sind alle vielfach vorbestraft und der Behörde als Geschäftseinbrecher schon lange bekannt. Sie gingen bei ihrer Tätigkeit mit solcher Sicherheit vor, daß ihnen nur schwer beizukommen war, um so mehr, als sie ihre große Beute sofort nach der Provinz schafften. Die Brüder Bohlke wußten von ihrer früheren Tätigkeit im Konfektionsviertel in vielen Geschäften gut Bescheid. Sie kundschafteten die Gelegenheit aus, und alle vier machten sich dann an die Arbeit, die ihnen um so leichter wurde, als sie sich zu den Räumen, auf die sie es abgesehen hatten, vorher Nachschlüssel anfertigen ließen. Mit diesen drangen sie schon in den Nachmittagsstunden, sobald die Geschäfte geschlossen hatten, ganz unauffällig ein und ließen sich Zeit zum Aufsuchen und Verpacken der besten Waren an Stoffen und Seiden. Mit Wagen schafften die Verbrecher ihre Beute zunächst nach einem Lagerraum, den sie eigens für diesen Zweck in einer Straße in der Nähe der Spree gemietet hatten. Hier blieben die wertvollen Sachen nur so lange, bis sie einen Abnehmer fanden. So ging die große Beute, die die Einbrecher im März vorigen Jahres bei der Firma Jaffa in der Lindenstraße machten, gleich nach Frankfurt am Main, wo schon ein Abnehmer zum Kaufen bereit war. Bei einem Transport gestohlenen Gutes nach dem Görlitzer Bahnhof wurden die Verbrecher endlich verhaftet. Die Einbrecher taten sehr entrüstet und wollten den Inhalt der Kisten gar nicht kennen. Wenn die Kriminalpolizei die Sachen beschlagnahme, so erklärten sie, eine Schadensersatzklage anstrengen zu müssen. In der Tat verlangten sie denn auch von den Beamten die Transportkosten. Die Beamten ließen sich aber nicht verblüffen und forderten die vier Männer auf, die Kisten mit ihrem Wagen nach dem Polizeipräsidium zu bringen. Dort erwies sich denn auch, daß alle Kisten mit gestohlenen Sachen gefüllt waren. Sie enthielten die gesamte Beute aus Samt und Seide aus einem großen Einbruch bei Hagen in der Wallstraße, der erst vor wenigen Tagen verübt wurde.

*

Kleine Nachrichten.

In London ist eine Anzahl deutscher Vertreter eingetroffen, um über verschiedene Fragen, die in Verbindung stehen mit der Frage der Auslieferung der deutschen Handelsflotte, mit den alliierten Vertretern zu beraten. Man glaubt, daß bei diesen Verhandlungen endgültig festgesetzt werden soll, welche Schiffe Deutschland noch auszuliefern hat.

Gestern morgen kurz nach 7 Uhr kam der französische Kreuzer „Clarts Ford" die Elbe herauf nach Hamburg und machte sich am Schuppen 19 fest.

Nach der Chicago Tribune empfing Amerika als Gläubiger Europas jede Woche eine Goldsendung aus Europa. Bis jetzt gingen ungefähr 2 Milliarden Franken ein.

Der Generaldirektor der Hohenzollerngrube bei Oppeln, Hübener, in dessen Unternehmen seinerzeit Waffen gefunden worden waren, wurde von dem interalliierten Sondergericht zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wie die griechische Gesandtschaft in Paris mitteilt, sind die Zeitungsnachrichten aus Konstantinopel, daß Prinz Andreas seinen Verletzungen erlegen sei, die er in Kleinasien erlitten habe, unzutreffend. Nach sicheren Nachrichten habe der Prinz Alithen nicht verlassen.

In München wurde bei einer Besprechung der Kommunistenführer im Fraktionszimmer der K. P. D. im Landtagsgebäude der frühere Polizeipräsident der Münchener Räterepublik Köberls verhaftet. Er wird der Teilnahme bei der Herstellung des Flugblattes beschuldigt, das zum Generalstreik aufrief.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Ausgabe von amerikanischem Weizenmehl. Auf die Bezugsabschnitte Nr. 9 der Lebensmittelkarte entfallen je 800 Gramm amerikan. Weizenmehl. Die Abschnitte sind bis Samstag, den 9. ds. Mts., an die Geschäfte abzugeben. Die Geschäfte haben die gesammelten Abschnitte am Montag, den 11. ds. Mts., dem Lebensmittelamt einzureichen. 1674

Vereinsnachrichten.

Kamen, 7. April. **(Krieger- und Landwehr-Verein Kamen.)** In der Generalversammlung am Sonntag, den 3. April, beschloß der Verein, ein Sommerfest in Gemeinschaft mit den übrigen militärischen Vereinen der Stadt zu feiern. Ferner soll eine besondere Abteilung für Kriegsbeschädigte im Verein gebildet werden. Noch vielen Kriegsbeschädigten sind die Segnungen des Deutschen Kriegerbundes fremd. Damit Aufklärung geschaffen wird und der Verein auch die Interessen dieser Mitglieder besser vertreten kann, sollen die Kriegsbeschädigten einen Obmann mit beratender Stimme in den Vorstand entsenden. Eine Einladung zum Zusammenschluß wird demnächst erfolgen.

Briefkasten.

B. A. 950 in Methler. Der Vormund hat die für das Kind eingehenden Gelder zu verwalten. Selbstverständlich haben Sie ein Anrecht auf die Rente, wenn Sie für die Unterhaltskosten des Kindes aufkommen müssen. Stoßen Sie bei dem Vormund auf Schwierigkeiten, dann wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht, der eine Entscheidung treffen wird.



Heute morgen 3 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Landwirt

Friedrich Kaffsack

im vollendeten 49. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Luise Kaffsack
geb. Elsmann

und Kinder.

Oberaden, den 6. April 1921. 1676

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. April, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Prima
Allgäuer Limburger

Käse

Pfund **14,—** Mk.

Pass' Butter-Halle
Kamen
Westfstr. 53. Bahnhofstr. 54.

Den Bewohnern von Kamen und Umgegend zur gefl. Nachricht, daß ich mich im Hause meines Bruders, **Dortmunderstraße 74,** als

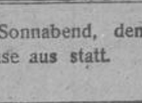
Schuhmacher

niedergelassen habe.
Repariere schnell u. billig
Friedrich Bäumer.

Klavier

schwarz, vorzügliches Fabrikat neu, 2jährige Garantie für 12000 Mark zu verkaufen. p1677
Angeb. unt. Nr. **1677** an die Geschst. d. Kam. Ztg.

Eine hochtragende



Schweizer Ziege

zu verkaufen. 1644
Westick, Weststr. 22.

---

1 Schwein

5 Monate alt, zu verkaufen. 1679
Näheres in der Geschäftsstelle.

Kleines

Latten-Regal

zu kaufen gesucht. 1662
Angebote unt. **G. 1662** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Am Montag junger deutscher 1680

Schäferhund

entlaufen.
Wiederbringer erhält Belohnung.
Otto Storkebaum,
Altenmethler
bei Methler.

Warne hiermit die Hühnerbesitzer des oberen Schleppweges ihre Hühner auf meine Grundstücke laufen zu lassen, da ich

† Gift †

gelegt habe.
E. Kötter.

Karl Gössmann,

Tabakfabrikate - Großhandlung,

Weststr. 18 **Kamen** Telehpon 297.

Ich verkaufe

Restposten

Zigaretten

nur bekannte Marken mit Gold- und ohne Mundstück ohne Preisaufdruck

weit unter Fabrikpreis

Für Wirte, Kantinen u. Händler besonders günstige Gelegenheit, noch

vor Erhöhung der Zigaretten-Steuer

billig einzukaufen. 1655

Handarbeitsschule

der

Evangl. Frauenhülfe Kamen.

Der Unterricht beginnt wieder am **13. April** im Gemeindehause, Klosterstraße,

die Unterrichtszeit ist täglich von 8½—11½ Uhr vormittags und 2—6 nachmittags.

Samstags geschlossen.

Anmeldungen nimmt die Leiterin der Schule, Schwester Minna Arning jederzeit entgegen. p1652



H. Althoff u. Sohn
Kartoffelversandgeschäft
Güterbahnhof Dortmund-Eving
Fernruf: 807, 3297
Gegr. 1867

Kein Risiko mehr beim Bezug von Kartoffeln.

Wie obige Ansicht zeigt, kann jeder Bedarf an **Saat- und Speisekartoffeln** aus den täglich in unserem Anschluß eintreffenden Sendungen gedeckt werden. Es sind vorrätig:

Frühe Sorten: Rosenkartoffeln, Royal-Kidnen, Zimbals frühe ertragreiche, Paulsens-Juli, Kaiserkrone, Perle von Erfurt, Odenwälder-Blaue, Oval-Blaue und Diamant;
Späte Sorten: Magnumbonum, Uptodate, Rheinische Rote (gelbfleischige), Silesia, Böhms Erfolg, Industrie, Topas, Woltmann 24, Vesta, Kampagne und die vor dem Kriege wegen ihres ganz vorzüglichen Geschmacks und reichen Ertrages gern angebaute **„Goldgelbe ala Industrie".**
Speisekartoffeln, rote und weiße, gelb- und weißfleischige, treffen täglich ein. Man verlange Spezialofferte!

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Werke und Genossenschaften. 1600

Neu eingetroffen:

Ia. große Bückinge	Pfd.	3,75
Ia. helles Backöl	Liter	13,25
Ia. Pflanzenbutter	Pfd.	9,50
Ia. dick. Speck	fett u. mager Pfd.	11,00
Ia. Käse	Pfd.	12,75
Ia. Kernseife	Doppelstück	3,50
Ia. braune Seife	Pfd.	4,75
Ia. Mais	100 Pfd.	145,-
Ia. Maisfuttermehl	100 Pfd.	110,-

Gebr. Sirringhaus

Weststr. 4 Hammerstr. 194

1678

Ungepreßt

wird jeder 1012

Herren- und Damen-Hut

(Stroh und Filz)

in eigener Werkstatt schnell und billig.

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße.

---

† Verzagte Kranke †

welche bisher keine Hilfe fanden, versuchen Sie mein **comb. Heilverfahren für Haut-, Harn- und Blasenleiden.**
118 Tausende Geheilte.

Niewels Natur-Heilinstitut

Dortmund, Liebfrauenstr. 20 (a. d. Liebfrauenkirche).
Dienstag von 2—6 Uhr in Hamm, Hohestr. 12.
20 jähr. Praxis. Keine Dankschreibenreklame.

Wieder eingetroffen:

Prima fetten Speck	Pfd.	10,50
Prima durchw. Speck		10,75
Prima Schweineschmalz		11,50
Prima Corned beef	Pfd.	6,75
Prima Margarine		9,00
Prima Limburg. Käse		13,00

P. Bickmann

Kamen, Weststraße 21.

1673

---

2 ordentliche junge Leute erhalten

Kost u. Logis

in der Nähe der Zeche Grimberg. 1642
Zu erfr. in der Geschst.



Empfehle täglich

prima fettes Fleisch und Wurst.

H. Weber,
Rottstraße 1.

1675

Sämtl. Handarbeiten

zeichnet auf

Frau H. Flesch, Unna,
Krummfuß 9, bei der evangl. Kirche.

1635

Annahmestelle:

Frl. Lethaus, Weststraße 39.

Für die

Einkommen-Steuereinschätzung

empfiehlt leichtfaßliche

Anleitungen u. Ratgeber

sowie die Gesetztextbücher mit Kommentaren, die

Buchhandlung der Kamener Zeitung in Kamen.

Warenbeschaffung für Arbeiter durch ihre Betriebe.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag richtet nach einem am 19. März d. Js. von seinem Hauptausschuß gefaßten Beschluß an die Unternehmerschaft die Bitte, von der in vielen Großbetrieben bestehenden Gepflogenheit, die Warenbeschaffung durch ihre Arbeiterschaft unter Umgehung des Einzelhandels zu fördern und materiell zu unterstützen, Abstand zu nehmen. **Die Warenbeschaffung müsse wieder in vollem Umfange dem Einzelhandel überlassen werden,** wenn nicht dessen Existenz immer mehr gefährdet werden solle. Vom Einzelhandel könne erwartet werden, daß er in der Lage sei, den Bedarf an Waren in genügender Menge, guter Beschaffenheit sowie zu angemessenen Preisen zu decken.

Ferner hat der Hauptausschuß des Industrie- und Handelstages zur Frage der Unterstützung, die den sogenannten Warenversorgungsstellen der Gewerkschaften aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zuteil geworden ist, folgende Erklärung abgegeben:

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages verurteilt aufs schärfste, daß aus den für die produktive Erwerbslosenfürsorge bewilligten Mitteln die Gewerkschaften in den Stand gesetzt werden, ihre Angehörigen mit Kleidungsstücken zu versehen und dem Handel das Geschäft aus den Händen zu nehmen. Die von den Steuerzahlern aufzubringenden Mittel sind nicht dazu da, um einen Teil des Volkes auf Kosten des anderen zu begünstigen und in den Wettbewerb der Genossenschaften mit dem Handel zum Schaden dieses von Reichs wegen einzugreifen. Auch ist es unzulässig, daß die Landesauftragsstellen und die Ausgleichsstellen der Länder dafür in Anspruch genommen werden, die Aufträge der Gewerkschaften zu vermitteln, die von den Gewerkschaften übernommene Aufgabe ist eine kaufmännische und mit erheblichem Risiko verbunden. Bevor das Reich sich in derartige Geschäfte einläßt, haben die berufenen Vertreter von Industrie und Handel einen Anspruch darauf, gehört zu werden.

Ein neues französisches Schandurteil.

Oberregierungsrat Böhm, der Leiter der Zweigstelle Landau der Reichsvermögensverwaltung für das besetzte Gebiet, war am 7. Januar 1921 vom französischen Kriegsgericht in Landau zu 8 Tagen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er sich pflichtmäßig geweigert hatte, die vertragswidrige Forderung der Franzosen auf Einrichtung einer Schule für französische Soldatenkinder auszuführen. Dieses Urteil wurde auf seinen Antrag aufgehoben und die Angelegenheit zur neuen Verhandlung an das französische Kriegsgericht in Mainz verwiesen, das am 8. März Böhm zu 6 Monaten Gefängnis und 7500 Mark Geldstrafe verurteilte. Vorsitzender des Kriegsgerichts war Oberst Raynel. Dessen Frau und zwei andere Damen hatten auf dem Gerichtspodium seitlich hinter den Richtern Platz genommen und gestalteten die Gerichtsverhandlung durch ihre Anwesenheit und ihr Gebaren zu einem Schauspiel. Dem entsprach auch die übrige Aufmachung der Verhandlung. So hatten die Franzosen vor der dem angeklagten deutschen Beamten Senegalneger mit aufgepflanztem Seitengewehr aufgestellt. Der Vorsitzende sparte nicht mit höhnischen Bemerkungen. Der als Zeuge geladene Major Prudhomme, von dem die gänzlich vertragswidrige Forderung von Soldatenkindern schulen in Landau ausgegangen, und der als die eigentliche Schuldige zu betrachten ist, war weder zu der Verhandlung in Landau, noch zu der in Mainz erschienen. Oberregierungsrat Böhm hat, nachdem die von ihm eingelegte Revision verworfen worden ist, die neunmonatige Gefängnisstrafe angetreten.

*

— **Hereingefallen.** „Würden Sie denn meine Tochter nehmen, wenn sie keine Mitgift hätte?"

„Selbstverständlich, Herr Kommerzienrat."

„Dann kann ich Sie nicht als Schwiegersohn brauchen. Ich möchte keinen Idioten in der Familie haben!"